

Antragsteller Herr Gräf bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorlage, die nunmehr endlich nach langer Zeit dem Ausschuss vorliege. Er führt aus, dass sich die Verwaltung dabei zwar viel Mühe gegeben habe, das eigentliche Ansinnen des seinerzeitigen Antrags allerdings nicht umfänglich abgebildet worden sei. Unter Hinweis auf nähere Einzelheiten erläutert er, dass er sich beispielsweise Erläuterungen zu dem Thema „Gründung einer regionalen Energieversorgungsgesellschaft“ gewünscht hätte. Hintergrund sei die Möglichkeit mithilfe des BHKWs Strom und Wärme an Dritte zu verkaufen und mit den daraus resultierenden Gewinnen das Schwimmbad zu subventionieren. Außerdem habe man die Zusammenfassung von Gemeindewerken und Schwimmbad keinesfalls nur unter finanzwirtschaftlichen Aspekten gesehen. Vielmehr erhoffe man sich dadurch eine Optimierung der technisch-kaufmännischen Betriebsstrukturen. Seiner Fraktion sei es auch völlig klar, dass eine dauerhafte Entnahme von Gewinnen des Entsorgungsbetriebes zur Deckung der finanziellen Defizite des Schwimmbadbetriebes weder politisch gewollt sein könne noch rechtlich haltbar wäre. Zum Ende seiner Ausführungen richtet Herr Gräf den Blick auf weitere Möglichkeiten, die sich durch eine Ausgliederung des Hermann-Weber-Bades aus dem Gemeindehaushalt eröffnen könnten. Unter dem Dach einer „Holding“ könne man weitere Verwaltungstätigkeiten wie beispielsweise „Liegenschaftsmanagement“ zusammenfassen und zentral steuern. Dadurch würde die Verwaltung entlastet und technisches Know-How gebündelt. Weiterhin könne man auch über (private) Beteiligungen Dritter nachdenken, um entsprechendes Kapital zu bekommen. Intention seiner Fraktion sei es zusammenfassend, dass die Verwaltung weiter an zielgerichteten Lösungen arbeite, die durch Veränderung der derzeitigen Organisationsstruktur eine finanzielle Verbesserung für das Schwimmbad bedeuten. Zudem solle das Thema wegen seiner Bedeutung grundsätzlicher Art zum Hauptausschuss verlagert werden.

Herr Meeser spricht kurz das weitere Vorgehen an und fragt, wie mit dem Antrag weiter verfahren werden soll.

Herr Liene und Herr Gräf erläutern, dass man den Antrag an den Hauptausschuss verweisen wolle. Die Fraktionen seien nun aufgerufen, weitere Vorschläge und kreative Ideen vorzubringen und in die Diskussion einfließen zu lassen. Sollte man sich hierbei auf einen Konsens einigen, wäre es Aufgabe der Verwaltung in einer weiteren Vorlage - dann im Hauptausschuss - eine mögliche Realisierung der Umstrukturierung zu prüfen und auszuloten. Herr Gräf bekräftigt, dass seine Fraktion an der Idee, das Schwimmbad zu den Gemeindewerken auszugliedern, grundsätzlich festhalten wolle.

Bürgermeister Dr. Storch fragt nach dem zeitlichen Ablauf und wann das Thema im Hauptausschuss erneut beleuchtet werden solle.

Herr Gräf erklärt, dass man sich nicht unter Zeitdruck setzen wolle. Immerhin habe man erst nach drei Jahren eine Vorlage vorgelegt bekommen. Ihm sei es zunächst wichtig gewesen, das Thema auf den Weg zu bringen, die verschiedenen Optionen zu diskutieren und die sinnvollste Lösung zu verfolgen. Dazu werde man in den nächsten Wochen der Verwaltung weitere Ansätze liefern. Möglichst sollen die Beratungen auch nicht während des Wahlkampfes zur Kommunalwahl stattfinden.

Herr Dr. Storch geht kurz auf die Aussagen von Herrn Gräf ein. Demnach habe die zeitliche Verzögerung damit zu tun, dass er seine Mitarbeiter zunächst in dieser Sache etwas gebremst habe. Hintergrund waren Gespräche, die mit der antragstellenden Fraktion geführt worden seien und immer wieder auftretende Rückfragen, die zuerst der vollständigen Klärung bedurften. Wie man an der Vorlage sehen könne, wären an der Vorlagenerstellung verschiedene Ämter beteiligt gewesen. Insofern wolle er sich hier schützend vor seine Mitarbeiter stellen. Hinsichtlich des Termins zur weiteren Beratung des Themas im Hauptausschuss fragt er, ob dieser dann erst nach der Kommunalwahl im Mai 2014 stattfinden solle.

Herr Gräf regt an, darüber bereits Anfang des nächsten Jahres weiter zu beraten. Bis dahin werde man entsprechenden Input liefern.

Dr. Storch fasst kurz zusammen und stellt fest, dass die Verwaltung in der Sache tätig werde, sobald die Fraktionen weitere Ansätze geliefert haben.

Herr Dr. Peeters schildert, dass seine Fraktion in der Vergangenheit verschiedene Anträge zum Thema Energie gestellt hätte. Insbesondere sei hier auch der Komplex rund ums Hermann-Weber-Bad und Na-

turwissenschaftliche Zentrum betroffen gewesen. Er weist darauf hin, dass durch die Einbindung des Naturwissenschaftlichen Zentrums in den großen Heizkreislauf das dortige Mini-BHKW deutlich besser ausgelastet würde und zudem wertvolle Wärme zum Schwimmbad liefern könne. Er bittet darum, dass diese Anträge mit in den Kontext der aktuellen Diskussion einbezogen werden. Gerade im Bereich der Strom- und Wärmeproduktion durch Blockheizkraftwerke und einer daraus ggf. resultierenden wirtschaftlich-technischen Verflechtung zu Steuersparzwecken sehe er für die Gemeindewerke eine bedeutende Rolle.

Herr Fürbaß geht auf die Aussagen von Herrn Gräf ein. Er sehe im Personalkonzept bis 2020 keinen Spielraum für weiteres Personal, welches sich mit Organisations- und Managementaufgaben in einem ausgegliederten Betrieb beschäftigen könne. Zudem unterstütze seine Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung an dieser Stelle. Wenn gewünscht, könne man sich gerne nochmal im Hauptausschuss über das Thema unterhalten. Allerdings wolle er auch deutlich machen, dass eine Ausgliederung nur dann wirklich Sinn mache, wenn produzierende Energiebetriebe (z.B. Stadtwerke) vorhanden seien, die eine Quersubventionierung tatsächlich möglich machen.

Auf Nachfrage von Herrn Trendelkamp, ob der Antrag denn nun aufrecht erhalten werden solle, führt Herr Gräf aus, dass der Antrag nicht nur unter Berücksichtigung von HWB und Gemeindewerke betrachtet werden solle, sondern weiter gefasst werden müsse. Aus diesem Grund soll der Tagesordnungspunkt in den Hauptausschuss verlagert werden. Zu den Aussagen von Herrn Fürbaß bezüglich Personal und Know-How antwortet er, dass man versuchen müsse, einen strategischen Partner mit einzubeziehen, der entsprechendes Kapital und Know-How mitbringe. Als Beispiele könne man an dieser Stelle die Gelsenwasser AG, Rhenag oder RWE nennen, die allesamt bereits mit vielen Kommunen zusammenarbeiten. Im Kern ginge es darum, das Verwaltungspersonal zu entlasten und auf Verwaltungstätigkeiten zu begrenzen, technische bzw. kaufmännische Kompetenzen auszulagern und an anderer Stelle zentral zu bündeln. Dabei sei allerdings in jedem Fall zu beachten, dass die Gemeinde immer Mehrheitsanteile besitze, um weiterhin das Letztentscheidungsrecht zu haben.

Vor dem Hintergrund, dass die vorliegende Verwaltungsvorlage laut Antragsteller anscheinend nicht den Zielen des Antrags in Gänze entsprechen würde, regt Herr Fürbaß an, Anträge zukünftig so konkret zu formulieren, dass die Verwaltung genau wisse, was sie zu tun habe. Darüber hinaus schildert er, dass man kürzlich erst den Konzessionsvertrag mit RWE für weitere 20 Jahre verlängert habe. Dies müsse bei der Suche nach einem möglichen Investor und dem Neubau von Blockheizkraftwerken zur Energieproduktion grundsätzlich bedacht werden.

Nachdem sich keine weiteren Wortbeiträge mehr ergeben, fasst stellvertretender Ausschussvorsitzender Meeser das Gesprochene zusammen. Er stellt fest, dass heute kein Beschluss gefasst werde und der Antrag an den Hauptausschuss verwiesen werde. Maßgeblich für den weiteren Beratungsverlauf seien weitere konkrete Anregungen, Ideen und Vorstellungen der Fraktionen zu diesem Themenkomplex, die an die Verwaltung zu richten seien.

Bürgermeister Dr. Storch betont nochmals, dass er das Thema erst dann als Tagesordnungspunkt auf die Einladung der Hauptausschusssitzung setzen werde, wenn weitere Konkretisierungen zum Antrag eingegangen seien.

Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.